

Pz 20.05.2014

PINNEBERG

Ministerpräsident Albig kritisiert marode Schulräume

Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Torsten Albig besuchte am Montag die Grund- und Gemeinschaftsschule im Quellental in Pinneberg, um sich einen Überblick über den Zustand des Gebäudes zu verschaffen.

Von Andreas Schmidt

Foto: Andreas Schmidt



Schüler und Schulleiter Thomas Gerdes (l.) begrüßten Ministerpräsident Torsten Albig in der Grund- und Gemeinschaftsschule in Pinneberg

[Google Anzeige](#)

12% - Schweiz Geldanlage

Feste Rendite & das Steuerfrei! Die Schweiz macht's möglich. sharewoodag.com/12%-Steuerfrei

Pinneberg Am 3. Dezember 2013 hatten die Lehrerinnen und Lehrer der Grund- und Gemeinschaftsschule im Quellental (GuGs) in Pinneberg die Faxen dicke: Sie schrieben einen offenen Brief an den schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten

Torsten Albig, SPD. Darin monierten sie die "maroden" Zustände an ihrer Schule.

LINKS

- [Ratsversammlung: Pinneberger Schulleiter hofft weiter auf neue Räume für Schüler](#)
- [Protest: Marode Schulen: Pinneberger Lehrer schreiben an Albig](#)
- [Verkehr: CDU will die Schulwege in Pinneberg sicherer machen](#)

Der Zeitpunkt für den offenen Brief war gut gewählt. Am Abend des 3. Dezember kam Ministerpräsident Torsten Albig mit anderen Genossen zur SPD-Regionalkonferenz und informierte sich über die Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen mit der Union. So positionierten sich Lehrer und Eltern der GuGs vor dem Pinneberger Rathaus, überreichten Albig den Brief und luden ihn ein, die Schule zu besuchen. Der zeigte sich aufgeschlossen und sagte, "machen Sie einen Termin mit meinem Büro ab".

Dieser Termin ist jetzt auch durch Vermittlung des Pinneberger Landtagsabgeordneten und Ratsherrn Kai Vogel (SPD) zustande gekommen. Am Montag besuchte Torsten Albig die Grund- und Gemeinschaftsschule an der Richard-Köhn-Straße. Fast eine Stunde lang informierten ihn die Lehrer im propovollen Lehrerzimmer über die personelle und räumliche Situation sowie den Sanierungsbedarf, über die Schulsozialarbeit und das Thema Inklusion.

Die Missstände aus Lehrersicht: Ein Lehrerzimmer für 70 Lehrer und Erzieher, das nur für 26 Lehrer gebaut wurde. Räume mit Schimmelbefall – es wurde nur übergestrichen. Räume, in denen die Heizung nicht funktioniert oder es zu heiß wird. Eine miserable Ausstattung im Bereich offene Ganztagschule: nur zwei je 45 Quadratmeter große Räume für 750 Schüler. Außerdem fehlende Fachräume für die Grundschule und den naturwissenschaftlichen Bereich.

Nach einem kurzen Rundgang durch die Schule befand Albig: "Meine Begeisterung über die Lehrer an dieser Schule ist größer als über die Baulichkeiten. Das ist eine Schule, die in vielen Bereichen marode ist. An den Schulen wird über die Zukunft des Landes noch mehr entschieden als auf der einen oder anderen Bundesstraße."

Auch Pinnebergs Bürgermeisterin Urte Steinberg nahm am Montag an Albig's Schulbesuch in der Kreisstadt teil. Sie kam mit aktuellen Zahlen an die Richard-Köhn-Straße: "Die Stadt Pinneberg wird bis 2018 insgesamt 35,4 Millionen Euro für die Gebäudesanierungen an den Pinneberger Schulen ausgeben. 6,75 Millionen Euro werden wir dafür in diesem Jahr ausgeben."

Allein an die Grund- und Gemeinschaftsschule im Quellental sollen in diesem Jahr 900.000 Euro für Sanierungsmaßnahmen fließen. Der größte Batzen betrifft den Umbau des Lehrschwimmbeckens. Hier sollen Räume für die Schulsozialarbeit und für die offene Ganztagschule geschaffen werden, damit dringend benötigte Klassenräume wieder frei werden. Der Umbau soll 618.000 Euro in diesem und 618.000 Euro im nächsten Jahr kosten. Über beide Summen muss allerdings noch der Schulausschuss beraten – der nächste Ausschuss tagt am 10. Juni. 2015 sollen insgesamt 2,7 Millionen Euro an der GuGs investiert werden, 2016 insgesamt zwei Millionen Euro und im Jahr darauf 1,3 Millionen Euro.

Die Schulelternbeiratsvorsitzende Ilka Gohla, die sich auch in der "Schulallianz" der elf Pinneberger Schulen engagiert, sagte, mehr als sieben Millionen Euro jährlich könne Pinneberg nicht für die Schulsanierungen ausgeben. "Wir brauchen Finanzhilfen des Landes Schleswig-Holstein, um dem Recht auf Chancengleichheit in Pinneberg nachzukommen", sagte Gohla.

GuGs-Schulleiter Thomas Gerdes wies darauf hin, "dass die personellen und räumlichen Voraussetzungen für eine gelungene Inklusion nicht vorhanden sind". Der Landtagsabgeordnete Kai Vogel sagte, noch fehle es an finanziellen Mitteln, die Schulen "auf den modernsten pädagogischen Stand" zu bringen.